

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	41 (1949)
<b>Heft:</b>	11
<b>Artikel:</b>	Das tschechoslowakische Beispiel ; eine Warnung für demokratische Gewerkschaften
<b>Autor:</b>	[s.n.]
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-353413">https://doi.org/10.5169/seals-353413</a>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

auch seither die Arbeitgeber wissen lassen, dass die seit dem Sommer 1948 bezahlten Löhne auch weiterhin auszurichten seien. Die Verlader von Kemi haben ihren «schwarzen» Zuschlag von 20 Mark, dessen Abschaffung die Ursache des dortigen Streiks war, immer noch, und es sind keine weiteren Versuche gemacht worden, die Effektivlöhne zu reduzieren. Seit der zweiten Abwertung trachtet die Regierung mit allen Mitteln, die Importe so zu lenken, dass der Lebenskostenindex nur um einen Bruchteil dessen steigt, was an Gewinn für die Exportindustrie herausgeholt werden kann. Ob allerding auf die Dauer Lohnerhöhungen vermieden werden können, ist eine andere Frage.

Jedenfalls steht heute dem kläglichen Versagen der Kommunisten ein gewaltiger Prestigegeginn der sozialdemokratischen Regierung (die aus lauter Gewerkschaftern und Genossenschaftern besteht) gegenüber. Wären heute Wahlen fällig, so würde sich daraus zweifellos ein starker Mandatgewinn ergeben. Aber auch so ist die Einparteiregierung Fagerholm nun fester im Sattel denn je zuvor, getragen vom Vertrauen der übergrossen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung des Landes.

*A. K., Helsinki.*

## Das tschechoslowakische Beispiel — eine Warnung für demokratische Gewerkschaften

Tschechoslowakische Gewerkschafter, die dem freigewerkschaftlichen Gedanken treugeblieben sind, müssen Giacomo Bernasconi dankbar dafür sein, dass er in seinem Bericht an den Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in der Frage des Weltgewerkschaftsbundes \* auch den bitteren Eindruck erwähnt hat, den die schweizerische Delegation anlässlich ihrer Teilnahme am URO-Kongress in Prag im April 1946 erhalten hatte. In vertraulichem Gespräch mit alten bekannten Gewerkschaftskollegen wurde sie darüber informiert, wie lange vor dem kommunistischen Februarputsch des Jahres 1948 jeder Versuch zur Neubildung der alten Berufs- und Industrieverbände und Richtungsgewerkschaften brutal unterdrückt wurde. Das Täuschungsmanöver, das die angebliche «einheitliche Gewerkschaftsbewegung» vom Mai 1945 bis Februar 1948 aufgeführt hat, haben wenige ausländische Betrachter zu durchschauen vermocht, und eine geschickte, im Verhüllen von Blössen geübte Propaganda hat da ein übriges getan. Es ehrt unsere Schweizer Kollegen, dass sie ihr nicht erlegen sind. Da das Thema nun einmal angeschnitten wurde, ist es vielleicht am Platze, etwas mehr darüber zu sagen. Es handelt sich zwar um ein abgeschlossenes Kapitel, das der Vergangenheit angehört, aber wer aus dem

---

\* «Gewerkschaftliche Rundschau», 1949, Juliheft, Seite 207.

Schaden anderer klug werden will, der muss doch einiges darüber wissen, wie die anderen zu Schaden gekommen sind.

Es ist wahr, dass die Tschechoslowakei vor 1938 an einer Hypertrophie an Gewerkschaftsorganisationen gelitten hat, doch war es nur ein Reflex der politischen Entwicklung des Landes, dass jede politische Richtung ihre eigene Gewerkschaftszentrale besass. Die Gewerkschaftsbewegung war mit dem Kampf der politischen Arbeiterparteien um demokratische und soziale Rechte der Arbeitenden gross geworden. Die Spaltung der Arbeiterparteien hatte logischerweise auch zur Spaltung der Gewerkschaften geführt. Jene, die den tschechischen und deutschen Sozialdemokraten nahestanden, vereinigt im « Odborove sdruzeni » und im « Reichenberger Gewerkschaftsbund », waren dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) angeschlossen, die kommunistischen Verbände gehörten der Roten Gewerkschaftsinternationale an, auch die christlichen Organisationen besassen internationale Verbindungen, und nur die zahlenmässig nicht unbedeutenden Verbände, die politisch den tschechischen Nationalsozialisten (Benesch-Partei) zuzuzählen waren, standen ohne jede internationale Bindung da.

Als der deutsche Faschismus die Tschechoslowakei 1938 und 1939 unterjocht hatte, wurde als erste die demokratische Arbeiterbewegung des Landes niedergeworfen, und ihre Repräsentanten hatten den üblichen Leidensweg ins Konzentrationslager anzutreten. Die Verfolgungswelle erfasste nicht nur die Vertreter der demokratischen Arbeiterparteien — Tschechen und Deutsche —, sondern natürlich auch die Gewerkschaften. Die demokratischen Verbände, in denen die deutschen antinazistischen Arbeiter des Landes organisiert gewesen waren, wurden mit ihrem ganzen Vermögen, ihren Häusern und Wohlfahrtseinrichtungen ein Raub der Deutschen Arbeitsfront. Die tschechischen Verbände wurden in eine Einheitsorganisation zusammengepresst und deren Leitung tschechischen Quislingen unter nazistischer Oberaufsicht übertragen. Ein Funktionär dieser Organisation war auch der aus der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung hervorgegangene *Evzen Erban*, der sich im Mai 1945 zum Generalsekretär der neuen Einheitsorganisation « URO » aufschwang. Die Ansichten über seine Haltung während der Besetzung des Landes sind, sagen wir, nicht einheitlich.

Alle nazistischen Gründungen verschwanden über Nacht, als das Dritte Reich zusammenbrach, und zurück blieb das Chaos. Die Aufgabe, die Tschechoslowakei zu befreien, war in Jalta der Roten Armee zugeschlagen worden; die Amerikaner unter General Patton, die wenige Kilometer vor Prag standen, mussten auf Grund eines russischen Vetos zurückgehen und ruhig zusehen, wie Prag, das sich gegen die Deutschen erhoben hatte, zu verbluten drohte, ehe die Russen ihre Hunderte Kilometer entfernten Regimenter aus Sachsen herbeibringen konnten. An der Vorbereitung des Prager

Aufstands, über dessen Notwendigkeit und Nützlichkeit die Meinungen unter den Tschechen geteilt sind — er brach auf, nachdem Deutschland kapituliert hatte —, nahm ein illegales Gewerkschaftskomitee einen gewissen Anteil, das vorwiegend unter kommunistischem Einfluss stand. Nach dem Einmarsch der Roten Armee warf es sich zur Zentrale einer neuen « einheitlichen » Gewerkschaftsbewegung auf, und die allgemeinen politischen Verhältnisse, die der Beseitigung der deutschen Herrschaft folgten, ermöglichten es den Kommunisten, für ihre Gründung ein Monopol der angeblichen Vertretung der Arbeiterinteressen zu erpressen. Erban hatte sich zum Generalsekretär gemacht und spielte, von niemandem dazu ermächtigt, die Rolle eines Vertreters der Sozialdemokraten. Er war es, der den Kommunisten *Antonin Zapotocky*, den gegenwärtigen Ministerpräsidenten des Landes « einlud », an die Spitze der neuen Organisation zu treten, die meist nach dem abgekürzten Namen ihrer Zentrale « URO » genannt wird. Eine so freundliche Einladung konnte man doch nicht ablehnen, und so trat, *von niemandem gewählt*, Zapotocky an die Spitze der angeblichen Einheitsgewerkschaft. Selbst wenn es richtig ist, dass sich die Anhängerschaft der Kommunisten nach dem Kriege vergrössert hatte, sprach doch nichts dafür, die Führung einem Kommunisten zu übergeben, da die Kommunisten es, solange in der Tschechoslowakei Demokratie herrschte, also bis 1938, zur führenden Rolle in der Gewerkschaftsbewegung sehr weit hatten. Aber das Schlagwort von der « einheitlichen Gewerkschaftsbewegung » war dazu bestimmt, die Nichtkommunisten darüber hinwegzutäuschen, dass in Wirklichkeit im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung die Kommunisten lange vor dem Februar 1948 ein diktatorisches Regime aufgerichtet hatten, obwohl (oder besser gesagt: weil) sie auch innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft nur eine Minderheit repräsentierten.

Sicher war gegenüber der Vorkriegszersplitterung eine grössere Vereinheitlichung wünschenswert. Zum Teil wurde sie schon dadurch erzielt, dass die Austreibung der Deutschen und die Rechtslosmachung der Ungarn den Wegfall jeder deutschen oder ungarischen Organisation — und sei sie noch so antihitlerisch oder antihitlerisch — brachte. (Ihr Vermögen verschwand im grossen Rachen der URO, und ein schüchterner Versuch, wenigstens Teile davon zur Unterstützung von antinazistischen Gewerkschaftsfunktionären verwenden zu können, die die Konzentrationslager überlebt hatten, wurde nicht einmal einer Antwort für würdig befunden.) Aber das, was sich in der Tschechoslowakei « Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung » nannte, war *keineswegs* ein Schritt vorwärts, sondern viel eher ein Schritt zurück. Gewerkschaftseinheit ist ein schönes Ziel, aber sie setzt loyale Zusammenarbeit der Partner, die verschiedene Auffassungen haben und ver-

schiedenen Richtungen angehören, voraus, eventuell Rückstellung der Gegensätze zur Erzielung gewisser gemeinsamer Spezialaufgaben. Loyale Zusammenarbeit ist aber dort unmöglich, wo eine totalitäre Partei, schon damals vielfach gestützt vom staatlichen Machtapparat, jede andere Meinung unterdrückt.

Die Machtstellung, die sich die URO und *durch* sie die Kommunistische Partei de facto errungen hatte, wurde durch ein Gesetz vom 16. Mai 1946 kodifiziert, das ihr Monopolcharakter verlieh. Eine andere, respektive eine *wirkliche* Gewerkschaft zu gründen, war nach diesem Gesetz illegal. Nominell waren zwar alle existierenden politischen Parteien in der Leitung der URO vertreten. In Wirklichkeit waren die Katholiken und die Nationalsozialisten von Anfang an von jeder wirklichen Mitarbeit ausgeschlossen, und von Sozialdemokraten wurden nur jene zugelassen, die man im allgemeinen als Kryptokommunisten bezeichnet. Alle Schlüsselpositionen waren stets in den Händen der Kommunisten und ihrer Agenten à la Erban. Formell war übrigens die Mitgliedschaft in der URO freiwillig, in der Praxis konnte aber kaum jemand, dem sein Arbeitsplatz lieb war, es wagen, die Beitrittserklärung unausgefüllt zurückzuschicken.

Von allem Anfang an war die URO ein *Staat im Staate*. Von allem Anfang an war sie die « zweite Garnitur » der Kommunisten, die auf den Plan treten sollte, wenn die Kommunistische Partei ihr Ziel, die Errichtung der schrankenlosen Diktatur, auf dem politischen Felde nicht zu erreichen vermöchte. Sie *ist* denn auch im Februar 1948 auf den Plan getreten und hat sehr wesentlich dazu beigetragen — die Mitglieder wurden nicht befragt, und sie hätten auch kaum wagen können, ihre Meinung auszusprechen —, dass der Februarputsch gelang.

Seither ist aus der URO, aus der die wenigen nichtkommunistischen oder nichtkryptokommunistischen Funktionäre über Nacht entfernt wurden, eine reine Antreiberorganisation geworden, die ihre Mitglieder zur Erzielung höherer Produktionsleistungen, zu grösserer Anstrengung, zum « freiwilligen Verzicht » auf sozial-politische Errungenschaften von Jahrzehnten mit dem ganzen Rüstzeug eines totalitären Propagandaapparates zu zwingen sucht. Von einer demokratischen Verantwortung der Funktionäre, von einem freien Austausch der Meinungen, von all dem, was die normale Tätigkeit einer Gewerkschaftsorganisation bildet, davon ist natürlich keine Rede. Aber vor dem Februar 1948 war es *nur um Grade* besser. Niemand wird leugnen, dass es *viele* Grade sind, dass zwischen jetzt und früher ein *grosser* Unterschied besteht und dass eine beschränkte Freiheit einer absoluten Freiheit vorzuziehen ist. Trotzdem muss gesagt werden, dass es auch vor dem Februarputsch eine anormale gewerkschaftliche Tätigkeit in der Tschechoslowakei nur ausnahmsweise im lokalen Maßstab und nur dort geben konnte,

wo es die kommunistischen Aufpasser eine Zeitlang nicht bemerkten. Die Dinge waren so weit gediehen, dass die nichtkommunistischen Parteien, um doch einen Schutz der Arbeiterinteressen in den Betrieben zu ermöglichen, in Umgehung des Verbots, Richtungsgewerkschaften zu schaffen, politische Betriebsorganisationen zu errichten gezwungen waren. Im Januar 1948 waren schon 1100 sozialdemokratische Betriebsorganisationen in Funktion. Sie wurden im Februar als erste gewaltsam liquidiert: die Kommunisten wussten genau, von welcher Seite ihren Bestrebungen nach Totalität die stärkste Gefahr drohte. *Von der Unterdrückung der Freiheit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses im Jahre 1945 zur Unterdrückung aller Freiheiten im Jahre 1948 führt ein gerader Weg.* Möge das tschechoslowakische Beispiel den Arbeitern anderer Länder als Warnung dienen und ihnen sagen, dass Demokraten, die — freiwillig oder gezwungen — in Sachen der Freiheit und Demokratie Kompromisse schliessen, daran zugrunde gehen.

*Bohemicus.*

## Der britische Gewerkschaftskongress 1949

Der 81. britische Gewerkschaftskongress stellte nicht nur den üblichen jährlichen Ueberblick über die Lage der organisierten Arbeiter in Grossbritannien dar und war nicht nur eine Gelegenheit, die Politik des beginnenden Jahres zu diskutieren. Es war zur gleichen Zeit ein Anlass für die organisierte Arbeiterbewegung, die Politik und die Arbeit der ersten Arbeiterregierung zu überblicken. Die Gelegenheit sollte ergriffen werden, das Urteil der britischen Gewerkschafter über die Güte der von der Regierung geleisteten Arbeit zu hören.

In Grossbritannien wird eine Regierung für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Der diesjährige Kongress in Bridlington ist mithin der letzte vor der Abhaltung der nächsten Wahlen.

Der Gewerkschaftskongress in Brindlington war sich der Angriffe wohl bewusst, die von der Konservativen und Kommunistischen Partei gegen die Arbeiterregierung gerichtet werden.

Die Versammelten hatten nun eine Gelegenheit, die Anschauung der organisierten britischen Arbeiterbewegung über die Bemühungen, Erfolge und Absichten der britischen Regierung zu formulieren. Eine Entschliessung über Löhne, Preise und Gewinne bot Gelegenheit, ein Urteil darüber zu fällen, ob die auf diesen Gebieten von der Regierung betriebene Politik, im allgemeinen gesehen, das Vertrauen der Arbeiterbewegung geniesst. Eine Entschliessung über die internationale Arbeit des britischen Gewerkschaftsbundes gab die Möglichkeit, über die Aussenpolitik der Ar-